



Einer von uns
Einer für uns

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Alexander Ulrich MdB



BERLIN INFO für die Haushaltswoche vom 07.-11.11.2022

- Namentliche Abstimmung zur Bürgergeldgesetz und mehr Anträge
- Mehrere Anträge zum Schutz für Mieterinnen und Mieter
- Meine erste Rede am gestrigen Abend - Mehr Demokratie in Europa
- Meine Pressemitteilung - Weg mit den schädlichen Schuldenregeln!
- Namentliche Abstimmung - Antrag: Einmalige Vermögensabgabe für Milliardäre und Multimillionäre
- Gutachten der Wirtschaftsweisen: Breite Schultern könnten mehr zum Gemeinwesen beitragen
- Antrag - 12-Euro-Mindestlohn muss bei den Beschäftigten auch ankommen
- Namentliche Abstimmungen und meine zweite Rede - Wahlwiederholung in ist Berlin richtig - aber bitte zielgenau!
- Aktuelle Stunde zur Chinapolitik
- Wahl Vizepräsidentschaft AfD
- Namentliche Abstimmung - Laufzeitverlängerung AKW

Liebe Genossinnen und Genossen. Liebe Freundinnen und Freunde.

Eine lange Sitzungswoche liegt hinter uns, es wurden zahlreiche Anträge vorgelegt und mehrfach namentlich abgestimmt. So z. B. über das Bürgergeldgesetz. Ein Top, den wir gleich mit drei eigenen Anträge begleiteten. Für uns als LINKE steht fest: Bürgergeld ist Hartz V und bleibt Armut per Gesetz - Deshalb stimmten wir dagegen. Mehr Infos dazu in der [Rede](#) von Dietmar Bartsch.



Antrag - Sozialen Arbeitsmarkt ausbauen - 150.000 Langzeitarbeitslose in Erwerbsarbeit bringen - Die "Teilhabe am Arbeitsmarkt" hat sich bewährt. Mit ihrer Hilfe können Langzeitarbeitslose durch reguläre Erwerbsarbeit an Arbeitswelt und gesellschaftlichem Leben teilhaben. Nun gilt es, aufgrund der Erfahrungen das Instrument zu verbessern und durch eine gute Finanzierung auszubauen. [[Antrag](#)]

Antrag - Regelsätze spürbar erhöhen - 200 Euro mehr gegen Inflation und Armut - Eine Erhöhung der Regelsätze um 50 Euro gleicht nur die Inflation aus. Das Bürgergeld ist keine Überwindung von Hartz IV, denn weiterhin gilt: Das ist Armut per Gesetz. DIE LINKE fordert einen wirklichen Neustart durch eine ehrliche neue Systematik bei der Berechnung der Regelsätze. [[Antrag](#)]

Antrag - Sanktionen abschaffen - Keine Kürzungen am Existenzminimum vornehmen - Beim Bürgergeld werden Sanktionen in "Leistungsminderungen" umbenannt und begrenzt. Sie

gehören aber komplett abgeschafft. Sie führen zu Mangellagen und kürzen das ohnehin kleingerechnete Existenzminimum. [\[Antrag\]](#)

Mehrere Anträge zum Schutz für Mieterinnen und Mieter - DIE LINKE fordert, den CO2-Preis nicht den Mieterinnen und Mietern aufzubürden [\[Antrag\]](#), Mieterinnen und Mieter in Zeiten hoher Lebenshaltungs- und Energiekosten vor weiteren, vermeidbaren Belastungen ihrer Haushaltseinkommen zu schützen [\[Antrag\]](#), Mietanpassungen von Indexmieten zu untersagen [\[Antrag\]](#) und Mieterinnen und Mieter in der Energiepreiskrise besser zu schützen. [\[Antrag\]](#)

Meine erste Rede am gestrigen Abend - Mehr Demokratie in Europa - Wahlalter auf 16 Jahre herabsetzen! - Unsere Jugend ist politisch aktiv, kritisch und will mitbestimmen. Gerade in Zeiten wie diesen, in Zeiten der Kriege, der wirtschaftlichen Probleme, drohender Klimakatastrophen und sozialer Schief lagen brauchen junge Leute eine Stimme! [\[Rede\]](#)



Meine Pressemitteilung - Weg mit den schädlichen Schuldenregeln! - Am Mittwoch hat die EU eine Reform der EU-Schuldenregeln vorgelegt. Die fehlkonstruierten und schädlichen EU-Schuldenregeln gehören abgeschafft. Eine Flexibilisierung der Abbaupläne, wie sie die Kommission nun vorschlägt, ist ein sinnvoller erster Schritt, den die Bundesregierung nicht blockieren darf. [\[Pressemitteilung\]](#)

Namentliche Abstimmung - Antrag: Einmalige Vermögensabgabe für Milliardäre und Multimillionäre - Schon die Coronakrise war für viele Menschen eine finanzielle Belastung. Nun folgt darauf mit der Energiepreiskrise die nächste. Während die große Mehrheit der Bevölkerung mit finanziellen Nöten konfrontiert ist, konnten die Vermögendsten in diesem Land ihr Vermögen auch während der Krisen mehren. Wir ließen über unseren Antrag namentlich abstimmen! [\[Antrag\]](#)



Kommentar von MdB Christian Leye - Gutachten der Wirtschaftsweisen: Breite Schultern könnten mehr zum Gemeinwesen beitragen - In ihrem neuen Jahresgutachten sprechen sich die sogenannten Wirtschaftsweisen dafür aus, die Energiekrise solidarisch zu bewältigen und schlagen unter anderem höhere Steuern für Spitzenverdiener oder die Einführung eines Energie-Soli vor. [\[Zum Kommentar\]](#)

Antrag - 12 Euro Mindestlohn sicherstellen - Kontrollen unterstützen und ausbauen - Wenn Betriebe im Schnitt nur alle 55 Jahre kontrolliert werden, sind Mindestlohnbetrug und Schmutzkonkurrenz vorprogrammiert. Um das zu unterbinden, sind mehr Personal für die Kontrollen und eine tagesaktuelle Arbeitszeiterfassung notwendig. Darüber hinaus aber auch



eine zentrale Meldestelle, wo Beschäftigte anonym Verstöße melden können. DIE LINKE hat bereits gehandelt: www.mindestlohnbetrug.de. Mehr dazu in der [Rede](#) von Susanne Ferschl und in unserem [Antrag](#).

Namentliche Abstimmung und meine Rede - Wahlwiederholung in ist Berlin richtig - aber bitte zielgenau! - Die eklatanten Fehler bei der Wahl in Berlin sind peinlich und nicht zu



entschuldigen! Eine Wiederholungswahl ist der richtig Weg, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen. Allerdings muss gewährleistet sein, dass nur dort neu gewählt wird, wo auch tatsächlich mandatsrelevante Fehler passierten. Das sieht die Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses aber so nicht vor. Deshalb Enthaltung. [[Rede](#)]

Aktuelle Stunde zur Chinapolitik - In ihrer Rede zur Chinapolitik betont Amira Mohamed Ali die Notwendigkeit, einer vernunftgeleiteten Chinapolitik. Die Abschottungspolitik gegenüber China ist verheerend. China rückt immer näher an Russland heran und die Gefahr eines mächtigen Blockes bestehenden aus Russland, China, Indien und dem Iran, der die EU und die USA wirtschaftlich und geopolitisch an den Rand drängen kann, wächst. [[Rede](#)].



Jan Korte begründet in seine Rede eindrücklich, weshalb DIE LINKE einer Vizepräsidentschaft der AfD im Bundestag niemals zustimmen wird. [[Zur Rede](#)]

Namentliche Abstimmung - Laufzeitverlängerung AKW - Am heutigen Freitag wurde die Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke bis zum 15. April 2023 beschlossen. DIE LINKE hat dagegen gestimmt. AKW sind veraltet, unwirtschaftlich und ein Weiterbetrieb schafft neue Abhängigkeiten.

Weitere Infos wie immer auf meiner [Webseite](#) und im [Newsletter](#) der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

Mit solidarischen Grüßen

Euer Alexander